

## **FDP zu den Grünen-Vorschlägen zur Haushaltssanierung Die Grünen präsentieren sich als Steuererhöhungs- und Steuereinführungspartei!**

Die Vorschläge der Krefelder Grünen zur Haushaltssanierung stoßen auf Kritik der FDP. "Wir sind enttäuscht. Die Grünen präsentieren sich nicht als vermittelnde Kraft, die sie sein möchten, sie sind vielmehr treibende Kraft, wenn es darum geht, Steuern und Gebühren zu erhöhen", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

Auf besondere Kritik der FDP stößt die Überlegung der Grünen, eine zweite zusätzliche Erhöhung der Grundsteuer B ins Kalkül zu ziehen. "Nachdem die Verwaltung bereits kräftig an der Steuerschraube dreht und einen Anstieg von 475 auf 538 Punkte vorschlägt, denken die Grünen bereits jetzt über einen noch höheren Hebesatz nach. Wenn sie dabei besonders die Einfamilienhausbewohner zur Kasse bitten wollen, trifft dies vor allem diejenigen, die mit ihrem eigenen Einkommen und Vermögen ein eigenes Heim und Haus finanziert haben."

Die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer, die ebenfalls von den Grünen vorgeschlagen wird, wird nach Ansicht der FDP nicht den gewünschten Effekt haben: "Wir glauben nicht, dass die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer Studenten veranlassen wird, sich mit ihrem Erstwohnsitz in Krefeld anzumelden. Die Hochschule Niederrhein wird bereits jetzt überwiegend von Studenten besucht, die nicht in Krefeld wohnen. Die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer wird diese Tendenz aber noch verstärken."

Auf "Unverständnis" stößt bei der FDP die Forderung der Grünen, auf die Umgehungsstraße Fischeln zu verzichten: "Ohne diese Umgehungsstraße wird es das Neubaugebiet Fischeln Südwest nicht geben. Die Wohnstätte wird auf ihren Grundstücken sitzen bleiben. Die von der Kämmerei erwartete zusätzliche Ausschüttung der Wohnstätte an den Haushalt nach dem Verkauf der Grundstücke wird ausbleiben."

"Insgesamt haben wir den Eindruck, dass die Vorschläge der Grünen für die Sanierung des Krefelder Haushaltes eine Schlagseite bei den Steuererhöhungen haben, während ihre Vorschläge für die Kürzung von Aufwendungen zum Teil für den Haushalt kontraproduktiv sind", erklärt Heitmann.